

Studientag 7: Palliative Versorgung, ethische Fragen am Lebensende

7.17 Freiwilliger Verzicht auf Nahrung und Trinken (FVNT)

In den ersten Tagen des Sterbefastens kann der endgültige Entschluss zu sterben noch gründlich überdacht und rückgängig gemacht werden, indem man wieder zu essen und zu trinken beginnt. Nach etwa sieben Tagen produzieren die Nieren keinen Urin mehr, die Harnstoffe und andere Abbauprodukte des Körpers können nicht mehr ausgeschieden werden und vergiften den Betroffenen nach und nach. Der fastende Mensch wird nun rasch schwächer, und meist ist er sehr schläfrig. Nimmt er in diesem, meist nicht als unangenehm empfundenen Zustand etwas Wasser zu sich, beginnen die Nieren erneut zu arbeiten, und es ergeben sich gelegentlich wieder klare Momente, in denen der fastende Mensch mit seinen Mitmenschen kommunizieren kann. Dies ist vielen selbstbewussten Personen sehr wichtig, möchten sie doch mit ihrer näheren Umwelt noch so viel Kontakt wie möglich haben. Je nach Gesundheitszustand und allenfalls eintretenden Nebenwirkungen stirbt man nach ein bis zwei Wochen Sterbefasten; wer Flüssigkeit zu sich nimmt, verlängert den Sterbeprozess jedoch beträchtlich.

Für viele Angehörige, oft aber auch für das Pflegepersonal, das eine persönliche, meist sogar jahrelange Beziehung zu einem alten Menschen aufgebaut hat, bringt das Sterbefasten schwierige Entscheidungen. Viele haben das Gefühl: „Ich kann doch einen Menschen nicht verhungern und verdursten lassen!“ Rechtlich gesehen liegt es jedoch in der Autonomie eines Menschen, die Nahrungsaufnahme und genauso auch die künstliche Ernährung abzulehnen. Falls dies ausdrücklich mitgeteilt und am besten in einer Patientenverfügung schriftlich festgehalten wird, entfällt die Garantenpflicht von Medizinern und Pflegepersonal. Sie sind dann eindeutig davon entbunden, dieses Leben mit allen Mitteln erhalten zu müssen. Auch bei irgendwann eintretender Bewusstlosigkeit darf es keine Zwangsernährung geben!

Beim Sterbefasten hört das Hungergefühl meist schon ab dem dritten oder vierten Fastentag fast völlig auf. Der Verzicht auf Flüssigkeit fällt meist schwerer und viele reduzieren die Flüssigkeitsaufnahme nur nach und nach. Bei guter Mundpflege, die ist von allen praktischen Maßnahmen die wichtigste, verschwindet jedoch das Durstgefühl allmählich. Bei der Mundpflege muss streng darauf geachtet werden, dass die Schleimhäute durch Speichel, Wasser oder Mittel, die den Speichel ersetzen, befeuchtet werden. Erkrankungen der Schleimhäute durch Pilze, Keime und andere Erreger können dadurch vermieden werden. Der Patient hat fast euphorische Gefühle. Ursache dafür ist die Bildung von Ketonen im Hungerstoffwechsel, die das Opioid-System im Gehirn aktivieren. Die Patienten werden jetzt zusehends schwächer und bettlägerig. Sie benötigen Hilfe bei der Körperpflege und eine gute Schmerztherapie. Wenn nach vier bis sieben Tagen auch das Trinken eingestellt wird, kommt es nach Ablauf einer weiteren Woche zum tödlichen Nierenversagen, mitunter begleitet von Eintrübung und Bewusstseinsverlust.

In unserer Rechtsprechung ist nicht geklärt, ob der Verzicht auf Essen und Trinken, also das Sterbefasten als Suizid und damit die Unterstützung durch den Arzt als Beihilfe zum Suizid zu bewerten ist. Es als passiven Suizid zu bezeichnen, macht die Sache nicht einfacher. Wenn der freiwillige Verzicht auf Nahrung und Flüssigkeit (FVNF) nämlich ein Suizid wäre, dürfte kein Arzt einen natürlichen Tod bescheinigen, sondern müsste Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft einschalten. Der Leichnam würde beschlagnahmt und erst nach Entscheidung der Staatsanwaltschaft wieder freigegeben. Kein Angehöriger könnte direkt nach dem Sterben in Ruhe und in Frieden Abschied nehmen, sondern würde von der Kriminalpolizei verhört. Es gäbe eine weitere Leichenschau durch einen Amtsarzt. Der von der Polizei beauftragte Bestatter müsste den beschlagnahmten Toten sofort abholen und bis zur Entscheidung der Staatsanwaltschaft unter Verschluss halten. Wenn der Arzt den Tod feststellt, muss er sichergehen, dass keine Vernachlässigung vorgelegen hat (dem hilflosen Patienten beispielsweise Essen und Trinken vorenthalten wurden), sondern dass dieser sich bei klarem Verstand für das Sterbefasten entschieden hatte, andernfalls ist er verpflichtet die Staatsanwaltschaft einzuschalten, sofern nicht eine schriftliche Willenserklärung über das Sterbefasten beziehungsweise eine entsprechende Patientenverfügung vorliegen.